

Stephanie Wilken-Dapper

Die Rolle von Israels Friedenskräften und friedenspolitischen Initiativen im Friedensprozeß seit 1993

Israel vom 27. 10. bis 6. 12. 1997,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	482
„The earth moved“	482
Politische Realitäten	485
Der Frieden beginnt in den Köpfen	487
„Is Oslo Alive?“	489
„Und das Friedenslager schließ . . .“	491
„Der Frieden wird gewinnen . . .“ - Gespräch mit Mossy Raz von Peace Now	494
Frauen kämpfen für den Frieden - Besuch bei Bat Shalom	498
Checkpoint - Palästinensischer Alltag	500
Begegnung mit Israel	503



Stephanie Wilken-Dapper wurde 1968 in Oberhausen/Rheinland geboren und wuchs in der Nachbarstadt Bottrop auf. Nach dem Abitur und dem Abschluß der Einjährigen Höheren Handelsschule für Abiturienten, begann sie 1988 an der Universität Essen Kommunikationswissenschaften zu studieren. 1989 wechselte sie den Studienort und zog nach Münster. Dort setzte sie das Studium am Institut für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität fort. Magisterabschluß mit den Nebenfächern Politikwissenschaft und Germanistik Ende 1994. Während des Studiums arbeitete sie als freie Mitarbeiterin

für die Lokalredaktion der Ruhrnachrichten in Bottrop. Erfahrungen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sammelte sie als freie Mitarbeiterin im Bereich **External Affairs** der Coca-Cola GmbH von 1991-1994. Seit 1995 lebt sie wieder in Bottrop und arbeitet als festangestellte Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e. V. in Düsseldorf.

„For four years we thought we were building peace at the grass-roots level. We thought, we had another four years to go and then, in the year 2000 we could close shop. That changed in 1996. We had to rebuild a street presence to challenge Netanyahu.“

Janet Aviad, Peace Now

„The earth moved“

„Kommen Sie doch heute abend gegen 19.30 Uhr zum Rabin-Square. Sie können mich und meine Freunde dort treffen. Sicherlich haben wir nach der Veranstaltung noch genügend Zeit, um uns über Ihre Fragen zu unterhalten. Ich werde eine Ausgabe unserer Zeitschrift ‚The other **Israel**‘ in der Hand haben. Halten Sie danach Ausschau“, lädt mich Adam Keller, Vertreter der Organisation „Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace“ (**ICIPP**), am Telefon ein. Ich nehme die Einladung an. Heute ist der 4. November. Ein Datum, das zum Markstein in der israelischen Geschichte geworden ist, ein Datum, an dem dieses Land in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Heute, vor genau zwei Jahren, hatte der national-religiöse, jüdische Fanatiker **Yigal** Amir den damaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin während einer großen Friedenskundgebung erschossen. Lücken in den Sicherheitsvorkehrungen und ein Augenblick der Unaufmerksamkeit öffneten dem Attentäter damals, am 4. November 1995, den Weg zu seiner Tat.

Schon seit Tagen beschäftigen sich die israelischen Medien ausführlich mit den Folgen des Attentats, versuchen, Erklärungen zu geben und Perspektiven zu entwickeln: Soziologen analysieren in der englischsprachigen Jerusalem Post die Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft. Sie befürchten mehrheitlich, daß sich die schon bestehenden innenpolitischen Gräben zwischen Rechten und Linken, Religiösen und Säkularen weiter vertieft haben, und der Gesellschaft auf Dauer sogar die Spaltung droht. Führende Politikwissenschaftler und außenpolitische Strategen weisen auf den Niedergang des Friedensprozesses unter der **Likud-Regierung** hin und betauern den Verlust des Friedensvisionärs Rabin. Immer wieder kommen Familienmitglieder, Freunde und Weggefährten Yitzhak Rabins zu Wort, die die große menschliche Lücke beklagen, die Rabin hinterlassen hat. Die israelischen Fernsehstationen wiederholen aus Anlaß des Gedächtnistages Talkshows, in denen der Ministerpräsident kurz vor seinem Tod mit jungen Israelis über die Zukunft ihres Landes und den Friedensprozeß diskutiert hat. Am 4. November selbst, auf vielen Kanälen Porträts, Rückblicke und Dokumentationen. Ein Land trauert, erinnert sich an seinen Verlust.

Ich nehme in den Zeitungen jedoch auch kritische Stimmen wahr, die von „Totenkult“ sprechen und die Dominanz der Rabin-Witwe Lea kritisieren. Sie ziehe im Hintergrund die Fäden und Sorge dafür, daß das Gedächtnis einen kulthaften Charakter annehme. Andere Stimmen beklagen, daß aus der kollektiven Trauer um den Ministerpräsidenten keine neuen Kräfte gewachsen seien und sich eine gefährliche Lethargie verbreitet habe, die zu einer zusätzlichen Bedrohung des Friedensprozesses werden könne. Gleichzeitig melden sich Kritiker aus dem national-religiösen Lager zu Wort, die davon sprechen, daß das linke Lager und die Friedensbewegung die Trauer um Yitzhak Rabins Ermordung völlig für sich vereinnahmt habe und dem religiösen Lager pauschal die Trauer um den Ministerpräsidenten abspreche.

An diesem Dienstagabend mache ich mich früh auf den Weg, erwarte, daß die Busse zur Innenstadt überfüllt sind. Hoffentlich entdecke ich Adam Keller. Er rechnet heute mit ca. 3 000 Besuchern. Das „Peace Movements Coordinating **Committee**“, ein Aktionsbündnis verschiedener Friedensgruppen, das 1995 auch die große Friedensdemonstration in der Tel Aviver Innenstadt organisiert hatte, hat für die laufende Woche verschiedene Veranstaltungen auf dem berühmten Rabin Square, dem großen Vorplatz zur Kommunalverwaltung, geplant. Größtes Ereignis der **Gedächtniswoche** wird am Samstag die Massendemonstration sein, zu der aus dem ganzen Land mindestens 100 000 Teilnehmer erwartet werden. Überall laden große Plakate mit den symbolisch gewordenen Öllichtern zur Samstagsdemonstration ein. Der Bus quält sich jetzt langsam durch die Menschenmassen und hält schließlich vor der großen Kommunalverwaltung. Obwohl ich noch niemals zuvor hier war, kommt mir alles seltsam vertraut vor. Wie oft hatte ich die Bilder von dem Balkon gesehen, auf dem Yitzhak Rabin kurz vor seiner Ermordung ungewohnt gelöst gemeinsam mit Shimon Peres Friedenslieder sang? Wie oft die gelbe Treppe, auf der die tödlichen

Schüsse fielen. In der Straßenunterführung brennen überall Lichter und Kerzen. Davor hocken Jugendliche und Kinder. Sie singen, halten Mahnwachen. Statt der erwarteten 3 000 Menschen drängen sich sicherlich schon rund 10 000 vor den Sicherheitszonen. Adam Keller ist in dem Gedränge weit und breit nicht zu sehen. Bald gebe ich die Hoffnung auf, ihn in dem Getümmel zu finden. berall Stnde von Friedensinitiativen und -Organisationen, die ihre Arbeit vorstellen. Jemand drückt mir mehrere llichter und Aufkleber in die Hand. Auf dem Blechmantel der Lichter ist das Profil von Rabin abgebildet. Daneben Hebraische Inschriften, die ich nicht entziffern kann. Im Innenhof des Gebäudes haben die Organisatoren eine große Bühne aufgebaut, auf dem ein Orchester die letzten Takte probt. Wer dorthin möchte, muß aufwendige Sicherheitsmaßnahmen über sich ergehen lassen. berall Polizei und Sicherheitskräfte. Handys klingeln und Funkgeräte quken. Auf dem großen Balkon postierte Scharfschützen, die nervös und wachsam in die wachsende Menge starren. Zu der heutigen Veranstaltung werden Lea Rabin und ihre Tochter Dahlia Rabin-Pelossof erwartet, die eine kurze Ansprache halten. Scheinwerfer suchen die Fenster ab. Ich finde einen Platz direkt an der Absperrung und sehe zum ersten Mal das große Mahnmal, das an die Ereignisse von 1995 erinnern soll: Ein großes Quadrat, in den Boden eingelassen, mit großen Felsquadern, die z. T. herausstehen und wie aufgeworfen wirken. „The earth moved“ ist eines der Themen, die in dieser Skulptur zum Ausdruck kommen sollen. Diese Intention gefllt mir, drückt aus, was Yitzhak Rabin mit seiner Vision vom Frieden zwischen den Israelis und Palästinensern in Bewegung gesetzt hat. Hinter der Absperrung haben internationale Kamerateams ihr Gerät aufgebaut und arbeiten fieberhaft. In meiner unmittelbaren Nähe das Nachrichtenteam des israelischen Fernsehens: Nervöse Anspannung dort. Es wird heute abend ein Live-Interview mit Lea Rabin geben. Kurz vor Sendebeginn erscheint sie und begrüßt das Moderatorenteam. Ich kann dies alles aus nächster Nähe beobachten und bin fasziniert, wie konzentriert und gefaßt sie auf die Fragen der Moderatorin antwortet, obwohl es ihr an einem solchen Tag wie diesem sicherlich schwerfällt. Immer mehr Menschen drängen von hinten nach und die freiwilligen Helfer haben alle Hände voll zu tun, die Absperrungen zu sichern. Hinter mir steht eine alte Dame. Sie ist sehr klein und kann nur wenig von dem sehen, was sich vorne auf der Bühne abspielt. Ich biete ihr an, vorzurücken und meinen Platz einzunehmen. Schnell kommen wir ins Gespräch. Als sie erfährt, daß ich aus Deutschland komme, wechselt sie von einem Augenblick auf den anderen in ein leicht jiddisch gefärbtes Wienerisch über. Sie freut sich, ihre Muttersprache sprechen zu können. „Eigentlich ist so ein Abend wie heute zu anstrengend für mich“, sagt sie. „Das lange Stehen . . . Aber ich mußte heute einfach kommen. Vor zwei Jahren, als es passierte, war ich auch hier. Rabin hatte gerade seine Rede gehalten. Ich war müde und dachte mir, den Rest dieser Veranstaltung könne ich auch im Fernsehen verfolgen. Zwanzig Minuten später war ich in meiner Wohnung. Als ich den Fernseher anschaltete, um nichts zu verpassen, war es gerade passiert. Jemand hatte auf den

Ministerpräsidenten geschossen. Für mich war es wie ein Schock. Eine Welt brach zusammen. All die Träume, die wir mit dem Friedensengagement von Rabin verbunden haben . . . Wie ihr geht es vielen Menschen hier heute abend auf dem Platz. Das Geschehene auch nach zwei Jahren noch immer unfaßbar. Ich spüre deutlich die Trauer, aber auch die Wut der Menschen um mich herum. Ihre Hoffnungen auf eine Zukunft in Frieden sind zusammen mit Yitzhak Rabin ermordet worden. Inzwischen hat die Veranstaltung begonnen. Reden und Einlagen israelischer Liedersänger wechseln einander ab. Beifall brandet auf. Dann plötzlich wird es still. Ich begreife, daß dies nun wohl der unmittelbare Zeitpunkt des Attentates sein muß. In die Stille hinein bricht eine Art elektronischer Sirenenton, der immer lauter und durchdringender wird, aufs Trommelfell hämmert, schmerzt. Plötzlich verstummt der Ton. Es ist vorbei. Als ich mich umschau, ist die alte Dame im Gedränge verschwunden. Auch die Menschen auf dem Platz zerstreuen sich langsam. Zurück bleiben Jugendgruppen, die Nachtwachen halten und Hunderte von Lichtern, die um das Mahnmal herum aufgestellt wurden.

Mich beschäftigen die Erlebnisse und Eindrücke dieses Abends in den nächsten Tagen noch nachhaltig. Für Außenstehende mag in solchen Veranstaltungen und Gedenkfeiern vielleicht ein wenig zu viel Pathos mitschwingen. Doch wer die Menschen in der unmittelbaren Situation erlebt hat, wird schnell feststellen können, daß es hier nicht um „Inszenierung“ von Trauer geht. Ich glaube, die Menschen dort auf dem Rabin Square haben nicht nur den Verlust ihres Ministerpräsidenten beklagt, sondern auch sich selbst, ihre verlorenen Träume und Wünsche, die mit dem Friedensprozeß verbunden waren.

Politische Realitäten

Zu den sicherlich wichtigsten Ereignissen der jüngeren Geschichte des Staates gehörte 1993 die gemeinsame Erarbeitung und Unterzeichnung des sog. Osloer-Abkommens zwischen Israel und den Palästinensern. „Land gegen Frieden“, lautete die Grundformel des Vertrages, der, so die Absicht seiner Konstrukteure, eine neue Ära des Friedens im Nahen Osten einleiten und dem palästinensischen Volk zu einem eigenen Land verhelfen sollte. Euphorie machte sich breit, friedliche Lösungen für längst unlösbar geglaubte Probleme schienen greifbar nahe zu sein: das Gaza-Jericho-Abkommen, das dem palästinensischen Volk die Autonomie über diese Städte ermöglichte, Friedensschluß mit Jordanien, begrenzte Autonomie-rechte für das West-Jordanland, Friedensnobelpreise für Yitzhak Rabin, Shimon Peres und Yassir Arafat. Der Friedensprozeß machte schnelle Fortschritte. Doch schon bald kehrte der graue Alltag ein. Es kam zu ersten Rückschlägen. Radikale Kräfte innerhalb Israels und der palästinensischen Bevölkerung wollten eine weitere Annäherung und Verständigung verhin-

dem. Provokationen radikaler Siedler gegenüber der arabischen Bevölkerung. Radikale Islamisten auf der palästinensischen Seite beantworteten Fortschritte im Friedensprozeß mit Terroranschlägen in israelischen Städten. Die Folge: Viele Menschen starben und Israel reagierte mit Repressalien gegen die Palästinenser. Der innenpolitische Rückhalt für den Friedensprozeß sank. 1995 dann ein erneuter, tragischer Wendepunkt: Yitzhak Rabin wird während einer großen Friedensdemonstration von einem jüdischen Fanatiker erschossen. Shimon Peres, sein Nachfolger, führt die begonnene Arbeit mit anfänglich großem Rückhalt durch die Bevölkerung fort. Der Friedensindex, der die allgemeine Unterstützung für den Friedensprozeß mißt, erreicht seinen Höhepunkt mit 73,1 Prozent kurz nach der Ermordung Rabins. Doch den Neuwahlen im Mai 1996 gehen blutige Anschläge voraus. Mehr als 60 Menschen verlieren in den ersten fünf Monaten des Jahres ihr Leben bei Attentaten auf Busse in Tel Aviv und Jerusalem. Die Geduld des Volkes ist erschöpft. Der Friedensprozeß gerät ins Stocken. Bezeichnend: nach den Anschlägen sinkt der Friedensindex auf 58,1 Prozent.

Der Erfolg der Arbeiterpartei ist inzwischen eng mit dem Erfolg des Friedensprozesses verbunden. Die Stagnation ist ein Grund mit dafür, daß Benjamin Netanyahu, der Likud-Führer, mit der knappen Mehrheit von rund 35 000 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Er verspricht Sicherheit und Beendigung des Terrors. Mit der Amtsübernahme Netanyahus gerät der Friedensprozeß jedoch schon bald in eine bedrohliche Sackgasse, steht mehrfach kurz vor dem Abbruch. Zögerliche Entscheidungen, Fehlentscheidungen und Brüskierung der palästinensischen Seite bestimmen nun hauptsächlich die Friedenspolitik. Die Fronten verhärten sich. Vertraglich zugesicherte Vereinbarungen werden nur nach langem Hinhalten und Taktieren erfüllt, so z. B. der Truppenabzug aus Hebron. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse ist Benjamin Netanyahu auf die Koalition mit den religiösen und **ultra-orthodoxen** Parteien angewiesen. Da er auf die Interessen der Koalitionspartner Rücksicht nehmen muß, engt sich sein Handlungsspielraum immer stärker ein. Auch innenpolitisch verliert er an Rückhalt, selbst in den eigenen Reihen. Im November 1997 stellen Knessetabgeordnete den 46. Mißtrauensantrag gegen ihn.

Das politische Handeln Netanyahus ist von einer verblüffenden Unsensibilität gekennzeichnet, die viele Israelis nur noch den Kopf schütteln läßt, die Palästinenser jedoch zur Weißglut bringt. Ein typisches Beispiel sei hier beschrieben: Während meines Aufenthaltes in Israel werden zwei Yeshiva-Studenten, die zu einer Schule im östlichen Teil Jerusalems gehören, nachts auf offener Straße in der Jerusalemer Altstadt beschossen. Ein Student stirbt, der andere kann sich schwer verletzt retten. Die Attentäter entkommen unerkannt, werden jedoch von dem verletzten Studenten als arabisch aussehend beschrieben. Ballistische Untersuchungen ergeben, daß es sich um eine Waffe handelt, die in erster Linie von Mitgliedern der palästinensischen Polizeikräfte genutzt wird. Schnell verbreiten sich Gerüchte, und Spekulationen erhalten Nahrung. Ein Blick hinter diesen tragischen Vorfall

zeigt ein typisches, sich immer weiter fortsetzendes „Ursache-Wirkungs-Prinzip“: das Gebäude dieser **ultra-orthodoxen** Yeshiva befindet sich in einem rein arabisch besiedelten Teil **Ost-Jeruselems**. Lange Zeit waren die Ansprüche auf dieses Haus ungeklärt. Sowohl arabische als auch religiöse Gruppen meldeten ihre Rechte auf das Haus an. Jede Seite konnte die entsprechenden Argumente zur Untermauerung der eigenen Ansprüche liefern. Schließlich wurde der ultra-orthodoxen Seite das Gebäude zugesprochen, die dort umgehend eine Talmud-Schule einrichtete. Die arabischen Nachbarn empfanden dies als schleichende Besiedlung und Provokation, zumal die endgültige Jerusalem-Frage noch nicht geklärt ist. Am Morgen nach dem Attentat besucht Benjamin Netanyahu den Schauplatz des Geschehens und kündigt noch am selben Tag an, daß man sich durch solche Taten nicht abschrecken lasse, sie ein Beispiel dafür seien, daß die Palästinenser den Frieden gar nicht wollten und der Siedlungsausbau - besonders im arabischen Teil Jeruselems - jetzt erst recht verstärkt vorangetrieben werde. Für mich steht außer Frage, daß ein Attentat, gleichwie es auch motiviert ist, entschieden verurteilt werden muß. Doch ebenso wichtig ist es, hinter die Gründe und Motive zu schauen, die eine solche Tat bewirken. Anstatt auf Deeskalation zu setzen, ging Netanyahu unmittelbar nach dem Attentat in die Offensive und kündigte die Forcierung des Siedlungsbaus an. Eine Wirkung, als würde man Öl ins Feuer gießen. Die Folge: Ausschreitungen zwischen arabischen Jugendlichen und Militärangehörigen in der Altstadt von Jerusalem. Ein Kreislauf der Gewalt.

Der Frieden beginnt in den Köpfen

Wo steht der Friedensprozeß heute, fast zwei Jahre nach dem Regierungswechsel? Der „politische“ Friedensprozeß - soweit man überhaupt noch von einem Prozeß sprechen kann - steckt in einer tiefen Krise. Zu tief sitzt daß Mißtrauen in den Köpfen der Politiker, um einander den so dringend benötigten Vertrauensvorschuß zu gewähren. Kommunikation und Zusammenarbeit, Verhandlungen und Austausch finden nur noch unter großem außenpolitischen Druck statt. Natürlich weiß auch Benjamin Netanyahu, daß für ihn Verträge bindend sind und er den grundsätzlichen Weg, der mit dem **Oslo-Abkommen** von 1993 eingeschlagen wurde, nicht mehr verlassen kann. Schädlicher für den Friedensprozeß sind freilich seine taktischen Manöver, mit denen er etwaige Fortschritte oder bereits vereinbarte Umsetzungen blockiert.

Doch ist es nicht allein das Handeln der Politiker, das für einen zähen Fluß der Umsetzung von Oslo sorgt. Der Friedensprozeß hat sich noch nicht in den Köpfen der Menschen verfestigt. Zu tief sitzen die gegenseitigen Vorurteile und Stereotypen, mit denen sich Israelis und Palästinenser begegnen. Während meines Aufenthaltes in Israel konnte ich dies immer wieder erleben. Einige exemplarische Aussagen sollen es verdeutlichen:

„Die Palästinenser klauen hier unsere Autos und verschieben sie nach Gaza. Dabei werden sie von ihrer Autonomiebehörde doch noch gedeckt . . .“ „Die Palästinenser wollen unser Land haben, für das wir gekämpft haben. Viele unserer Soldaten sind in den Kriegen gefallen. Sie hätten damals ihren eigenen Staat haben können. Aber das war ihnen ja nicht genug. Sie wollten alles und hätten uns sicherlich alle ‚ins Meer getrieben‘, wenn wir uns nicht gewehrt hätten. Unsere Vorfahren haben das Land fruchtbar gemacht. Jetzt sollen wir es wieder abgeben?“ „Die Israelis wollen uns unsere Würde nehmen. Sie sperren uns durch ihre Abriegelungspolitik ein. Wir können uns nicht mehr frei bewegen.“ „Die Israelis enthalten uns Gelder vor, die uns zustehen. Gelder aus dem Ausland in Millionenhöhe werden von ihnen blockiert, unter dem Vorwand, es müßten Abgaben und Steuern bezahlt werden.“ „Die Palästinenser ermorden unsere Kinder. Täglich kann überall eine Bombe explodieren. Sie versprechen zwar Sicherheit, doch sie bemühen sich nicht, den Bombenbauern das Handwerk zu legen.“ „Die Palästinenser halten doch zum Irak. Man kann ihnen nicht trauen.“ „Die Palästinenser haben eine andere Mentalität, denken nicht demokratisch. Auch Jordanien kann man nicht so recht trauen.“ „Die israelischen Soldaten behandeln uns willkürlich. Bei der letzten großen Abriegelung hat man eine hochschwangere palästinensische Frau, die in eine Spezialklinik gebracht werden mußte, nicht den Checkpoint passieren lassen. Das Baby ist gestorben.“ „Ich bin arabischer Israeli. Doch ich werde wie ein Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. Man mißtraut mir. Ich darf noch nicht einmal zur Armee.“ „Jerusalem gehört uns. Da gibt es keine Frage. Die Palästinenser haben keine Ansprüche darauf. Sie können ihre Hauptstadt ja irgendwo in der Nähe von Jerusalem ansiedeln.“ „Ich kann die Proteste gegen den Siedlungsausbau nicht teilen. Wir haben das Land regulär von der arabischen Bevölkerung erworben. Dann dürfen wir hier auch bauen.“

Haltlose Vorurteile? Stereotypen? Vielleicht. Doch zeigen sie deutlich, wie tief die Kluft zwischen den Israelis und Palästinensern ist, welches Mißtrauen überwunden werden muß. Ich habe diese Situation mit Deutschland und seinen Problemen beim Zusammenwachsen nach der Wiedervereinigung verglichen. Westdeutsche Politiker sprachen vor dem Fall der Mauer in optimistischer und positiver Weise von „unseren Brüdern und Schwestern“ in Ost-Deutschland, hießen die Menschen willkommen; (auch wenn die erste Euphorie angesichts der Alltagsprobleme schnell verflog). Israelische und palästinensische Politiker bezeichneten dagegen einander in der Vergangenheit als „Mörder“, „Terroristen“, „Unterdrücker“ und „Feinde“. Wer einen Prozeß des Umdenkens einleiten will, muß u. a. beim Sprachgebrauch ansetzen. Es ist wichtig, daß Sprache die Wertschätzung des Gegenübers ausdrückt, ohne jedoch verlogen zu werden. Sprache ist ein wichtiger Baustein, wenn ich mich darum bemühe, Einstellungen und Bilder in den Köpfen der Menschen zu verändern. Ein Problem des Friedensprozesses ist, daß die Menschen auf beiden Seiten mit den anfänglich schnellen diplomatischen und politischen Entwicklungen nicht Schritt

halten konnten. Traditionen und historische Werte wurden durch diesen Prozeß plötzlich auf den Kopf gestellt, alte Feindbilder aufgebrochen und in Frage gestellt. Eine Nation mußte sich plötzlich neu definieren, andere Ziele und Werte finden. Im Herbst '97, knapp vier Jahre nach den Vereinbarungen in Oslo, sind die Gräben, die zwischen den Israelis und Palästinensern, aber auch innerhalb der israelischen Gesellschaft verlaufen, sehr tief.

„Is Oslo Alive?“

„Is Oslo Alive?“, fragt die Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung kurz und knapp. Eine Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sie mir in die Hand gedrückt. „Das ist doch Dein Thema, oder?“ Im Rahmen einer eintägigen Fachveranstaltung werden israelische und palästinensische Fachleute, die 1993 an der Konstruktion und Ausarbeitung des Oslo-Abkommens maßgeblich beteiligt waren, zu Wort kommen. U. a. sind die Wissenschaftler des Truman-Institutes Yossi Hirschfeld und Ron Pundik, sowie der ehemalige Rabin-Stellvertreter Yossi Beilin als Referenten vorgesehen. Auch die Vertreter der palästinensischen Seite, alles Mitglieder der „Palestine Consultancy Group“, bieten wichtige Referenten auf. Als Politiker ist H. Al-Hassan, Berater von Yassier Arafat, eingeladen. Nachdem ich in den Wochen zuvor eine Vielzahl unterschiedlicher Friedensgruppen und -Organisationen besucht und mit ihnen auch immer wieder über die Zukunft der Osloer Friedensvereinbarungen gesprochen und diskutiert habe, interessieren mich die Analysen der Verantwortlichen ganz besonders. Die Veranstaltung findet im Jerusalemer Notre Dame Center statt. Meine israelische Freundin erklärt mir später, daß dieser Ort für den Friedensprozeß symbolträchtig wäre, da hier bis 1967 unmittelbar die Grenze zwischen Jordanien und Israel verlaufen sei und später dort auch Verhandlungen stattgefunden hätten.

Die Veranstaltung ist gut besucht, es gibt kaum noch Sitzplätze. Sämtliche Referentinnen und Referenten sind ausgewiesene Experten zu diesem Thema. Strukturiert wird die Veranstaltung durch die Themenfelder „Sicherheit“, „Ökonomie“, „Gesellschaft“. Über allem steht immer die Ausgangsfrage „Is Oslo Alive?“. Die israelischen Vertreter des Truman Institutes geben sich verhalten optimistisch und wollen ein vorzeitiges Ende des Oslo-Prozesses nicht heraufbeschwören, wenngleich sie in vielen Feldern einen Stillstand diagnostizieren. Ron Pundik, Mitarbeiter des Institutes glaubt, daß Oslo lebt: „Es ist ein historischer Prozeß, der nicht gestoppt werden kann. Natürlich ist das Abkommen kein Resultat der Liebe. Oslo ist jedoch mehr als nur ein Stück Papier.“ Man müsse neue Maßstäbe für das Miteinander finden, Konzepte verändern und verstärkt verhandeln. „Für die Bevölkerung ist der Faktor Sicherheit inzwischen zum Hauptthema geworden. Jede Seite muß sich darum bemühen, das

Beste zur Gewährleistung von Sicherheit zu tun. Sowohl auf der israelischen als auch der palästinensischen Seite", gibt er zu bedenken. „Und dennoch: selbst größte Sicherheitsanstrengungen bewirken nicht automatisch den größtmöglichen Effekt, wie die Reihe von Anschlägen 1996 gezeigt hat." Die Zusammenarbeit zwischen den palästinensischen und israelischen Kräften müsse verbessert werden. Doch nicht nur die Sicherheit spiele eine wichtige Rolle. Frieden beginne in den Köpfen der Menschen. Dabei sei es überaus wichtig, die persönliche und individuelle Würde des einzelnen zu achten. „Wir müssen es schaffen, daß das Thema ‚Sicherheit‘ nicht zum alleinigen und bestimmenden Thema des Friedensprozesses wird; es gibt noch eine Vielzahl anderer wichtiger Fakten und Punkte", führt Ron Pundik aus. Der Vertreter der palästinensischen Seite sieht nur dann eine Chance für dauerhafte Sicherheit, wenn den Palästinensern die Errichtung eines souveränen Palästinenserstaates ermöglicht wird. „Wir brauchen Sicherheiten wie z. B. Erziehung, Infrastruktur, etc. Dann wird sich auch an den Wurzeln etwas ändern. Wir Palästinenser haben uns in den vergangenen Jahren um Frieden, Menschenrechte, Würde und die Absage an Gewalt bemüht", gibt er zu bedenken. M. Snajder vom Truman-Institut ergänzt die Diskussion über das Thema „Sicherheit" um eine weitere Dimension. Er stellt die These auf, daß die Zusammenarbeit nur dann funktioniere, wenn Vertrauen herrsche. Man müsse dahin kommen, daß ein neues Image über die jeweils andere Seite in den Köpfen der Menschen entstehe und die „Dämonisierung" ein Ende habe. „Es muß ein realistisches Bild über die jeweils andere Seite geschaffen werden. Eine wichtige Aufgabe in der Meinungsbildung und Aufklärung."

Im Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung seit Oslo zieht S. Hazboun, Vertreterin der „Palestine Consultancy Group", Bilanz: „In meinen Augen gibt es zur Zeit kein ‚Ja‘, aber auch kein ‚Nein‘ zu Oslo. Für die palästinensische Seite haben sich die hohen Erwartungen bislang noch nicht erfüllt. Die Arbeitslosigkeit ist gewachsen - u. a. durch die häufigen Absperrungen der Gebiete - und der Lebensstandard allgemein gesunken. Auf der anderen Seite gibt es natürlich mehr wirtschaftliche Aktivitäten." Das Problem der Abriegelungen sieht auch der Vertreter des Truman Institutes: „Die Abriegelungspolitik ist im wirtschaftlichen Bereich das Hauptproblem und macht viele Dinge sehr kompliziert", gibt er zu bedenken.

Yossi Hirschfeld, einer der wichtigsten Wegbereiter hin zum Oslo-Abkommen und geheimer Unterhändler im Vorfeld, glaubt an Oslo: „Oslo ist ganz lebendig. Wir haben im bisherigen Verlauf des Friedensprozesses jedoch einige große Fehler gemacht. Dazu gehört die ökonomische Absperrung der Palästinenser, u. a. dadurch, daß sich Arbeitskräfte nicht frei bewegen dürfen. Außerdem sind wir mit dem Terrorismus falsch umgegangen. Zudem kommt hinzu, daß wir von einem Konfrontationsprinzip ausgehen, immer einen Gegner sehen", führt er aus. Es gäbe jedoch auch wichtige positive Ziele des Abkommens: „Wir wollen den Vertrag zu Ende bringen, wie geplant, und den Palästinensern bei der Errichtung ihrer eigenen Staatsautorität helfen. Damit dies alles funktioniert, müssen wir

folgende Punkte verbessern und eine **Vorwärts-Strategie** entwickeln: Wir müssen den Dialog mit allen Parteien und Gruppierungen ausweiten, die ökonomische Entwicklung verbessern, die soziale Entwicklung fördern und Friedenserziehung etablieren."

M. Hassassian von der palästinensischen Seite glaubt, daß das Oslo von 1997 mit dem Oslo von 1993 nicht mehr identisch ist. „Oslo ist nicht nur ein Vertrag, sondern ein Gedanke, eine Idee, eine Atmosphäre. Aber was fehlt dieser Idee? Ich glaube, das Problem liegt darin, daß Israel 1993 nicht wußte, was es für die attraktive Idee von Oslo zu zahlen hatte. Zuvor gab es eine gut ausbalancierte Stabilität. Dann jedoch hieß es ‚Land für **Frieden**‘. Die israelische Gesellschaft wurde dadurch verwirrt und durcheinander gebracht. Ähnlich geht es den Palästinensern. Sie haben sich spürbare Veränderungen erhofft. Viele dieser Hoffnungen wurden erst einmal enttäuscht. Man dachte, Oslo bringt alles. Demokratie, Arbeit, Freiheit, Land. Nun müssen die Palästinenser plötzlich feststellen, daß viele Dinge anders laufen, als gewünscht. Insbesondere die Abriegelungspolitik und die Mobilitätseinschränkungen machen ihnen zu schaffen. Zur Zeit überwiegt die Enttäuschung den Optimismus, und das Vertrauen auf Veränderungen.“ Yossi Beilin, ehemaliger Vertrauter und Stellvertreter von **Yitzhak Rabin**, hat das Oslo-Abkommen im Vorfeld und auch während seiner Umsetzung aktiv begleitet und geprägt. Für ihn ist das mangelnde Vertrauen der Menschen auf beiden Seiten in den Friedensprozeß ein wichtiges Problem. „Das Oslo-Abkommen ist auch für die Politiker schwer zu handhaben. Die palästinensische Opposition sowie auch unsere jetzige Regierungskoalition haben ihre Probleme mit der Akzeptanz. Niemand von uns wußte 1993, was Oslo bringen würde. Es standen nur maßvolle Erwartungen am Anfang der Verhandlungen. Eines ist sicher: Der Weg von Oslo mit all seinen Verträgen ist auch für andere Regierungen in Israel (z. B. die Likud-Regierung) verpflichtend; dieser Weg wurde eingeschlagen und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden“, gibt sich Yossi Beilin verhalten optimistisch. „Wir können Oslo jederzeit korrigieren, verbessern und ausbauen. Es handelt sich doch nicht um ein religiöses Dogma, das unantastbar ist. Wir müssen nun zusehen, daß aus dem **‚Baby**‘ Oslo etwas Vernünftiges wird.“

„Und das Friedenslager schief . . .“

Friedensgruppen und Friedenskräfte hatten in Israel immer eine wichtige innenpolitische Funktion. Jahrzehntlang unternahm die Linke immense Anstrengungen, um durch Aktionen, Denkanstöße, die Analyse von Ideen und die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit einen Friedensprozeß in Gang zu setzen. Es gelang ihr, eine öffentliche Atmosphäre zu erzeugen, die vor allem vor dem Hintergrund der Intifada auch in das Bewußtsein der Politiker rückte und sie an den Verhandlungstisch brachte. Die Mitglieder der Friedensbewegung setzten sich bereits zu Zeiten, als an einen dauer-

haften Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern noch nicht zu denken war, für einen verstärkten Dialog und ein friedliches Miteinander ein. Besonders in den Zeiten des Libanon-Krieges (1982) und der Intifada kritisierten sie immer wieder das Vorgehen der israelischen Regierung und wiesen auf begangene Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen hin. Sie bemühten sich um Kontakte zur palästinensischen Seite, als dies noch verboten war. Die Friedensgruppen, so unterschiedlich sie von ihrem Hintergrund her waren, hatten ein gemeinsames Ziel: Frieden für Israel und seine Nachbarstaaten, Rückzug aus den besetzten Gebieten. Doch nach dem Abkommen von Oslo verfiel die Linke in einen fast gelähmten Zustand, wartete die kommenden Ereignisse ab. Der Friedensaktivist Uri Avnery (Gush Shalom) schrieb 1996 dazu selbstkritisch: „Von da an wurde bis zur Ermordung Rabins nichts getan, um die Herzen und Köpfe der Massen zu gewinnen. Das Friedenslager schief einfach ein. Hier und da, wie z. B. während des Gedenkens an das Hebron-Massaker, wachte man kurz auf. Hier und da fanden kleinere Aktivitäten statt. Aber die Straße blieb in den Händen der Rechten. Die vorherrschende Haltung im Friedenslager war ‚Wir können auf Rabin vertrauen. Er wird die Arbeit machen. Wir dürfen ihn nicht stören‘. Eine bequeme Haltung.“ Der Schriftsteller David Grossmann wies bereits im Frühjahr 1995 auf die sich abzeichnende Lethargie der Linken hin: „Seit dem Oslo-Abkommen wiegen wir uns in einem beinahe magischen Gefühl der Sicherheit, das vielleicht in Wirklichkeit nur naives Wunschdenken ist: Wir haben unsere Botschaft einem zuverlässigen Sendboten anvertraut, der sie sicher zum Ziel bringen wird, und von jetzt an brauchen wir nur noch zu warten, bis uns der Frieden in den Schoß fällt. Doch gerade jetzt muß die Linke ihre Stimme erheben und ihren beträchtlichen Einfluß geltend machen, gerade jetzt ihre Fähigkeiten einsetzen, den Ausweg aus dem Dilemma und der Stagnation, aus dem kleinlichen Feilschen mit den Palästinensern aufzuzeigen.“

Und wie sieht es 1997, zwei Jahre nach dem Attentat auf Rabin im Friedenslager aus? David Newman, Professor für politische Geographie an der Ben Gurion Universität, beschreibt dies in einem kritischen Zeitungsartikel so: „Die Linke ist der Destruktion des Oslo Prozesses mit keinem nennenswerten Widerstand entgegengetreten. Friedensbewegung und politische Parteien blieben inaktiv, schwiegen, seit dem Verlust ihrer Macht im Mai 1996. Sie taten so, als seien sie noch immer an der Macht, anstatt den Widerstand gegen die Regierung zu forcieren.“ Ein Beispiel, so Newman, sei „Arutz 7“, der Radiosender. Nach dem Sieg der Labour-Partei 1992 und dem Beginn des Oslo-Prozesses entschloß sich der Betreiber Abie Nathan, seine Radiostation „Stimme des Friedens“ zu schließen. Begründung: Es bestehe nicht länger ein Bedarf für einen friedensorientierten Radiosender. Auch nach dem Sieg Netanyahus habe der Sender seine Station nicht wieder geöffnet, kritisiert David Newman. „Die Friedensbotschaften bleiben auf gelegentliche Massendemonstrationen beschränkt, die - aus Angst vor zu wenig Teilnehmern - vor dem Museum stattfinden, da der Rabin-Square zu

groß ist. Und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem der Friedensprozeß an seinem tiefsten Punkt sei 1993 angekommen ist. Zuerst dachten wir, die Arbeiterpartei benötige Zeit, um sich zu reorganisieren. Aber auch drei Monate nach der Wahl eines neuen Labour-Führers, Ehud Barak, bleibt die Partei unsichtbar. Die Linke scheint nicht zu verstehen, daß politischer Druck und Lobbyismus einen Sinneswandel in der Bevölkerung bewirken und verstärken können. Die Linke muß sich dazu durchringen, ihre politischen Aktivitäten zu verstärken und zu erneuern, um noch den Rest zu retten, der vom Friedensprozeß geblieben ist, bevor es zu spät ist."

All diese Aussagen und Analysen gehen mir durch den Kopf, als ich in Israel mit meinen Recherchen und Gesprächen zum Thema „Die Rolle der Friedensbewegung/Friedenskräfte nach 1993" beginne. Seit Monaten habe ich Hinweise, Anschriften und Adressen von israelischen Friedensgruppen und -Organisationen gesammelt, per Fax Kontakte hergestellt und im Internet gestöbert. Es ist bezeichnend, daß nicht von „der" Friedensbewegung gesprochen werden kann, sondern sie sich aus einer Vielzahl von Strömungen, Gruppierungen und Organisationen zusammensetzt. Ebenso differenziert ist das politische Spektrum der Gruppen, wobei der überwiegende Teil der Gruppierungen ideologisch dem linken Lager zuzuordnen ist. Innerhalb des linken Lagers decken die Gruppen noch einmal die gesamte Bandbreite ab: es gibt sowohl Gruppen am linken äußeren Rand, wie z. B. Gush Shalom oder den Alternative Information Center, als auch in der Mitte, z. B. Peace Now oder am rechten Rand. Der Begriff „Friedensbewegung" wird in Israel weit gefaßt. So gehören zu diesem Spektrum nicht nur die außerparlamentarischen Friedenskräfte wie z. B. Peace Now, sondern auch Gruppen für jüdisch-arab. Verständigung, Bürger- und Menschenrechtsgruppen, wissenschaftliche und politische Institute, Protest- und Solidaritätsorganisationen, Fraueninitiativen, Jugend- und Kulturprojekte. Ich bemühe mich, aus dieser Vielzahl an Gruppierungen und Organisationen eine breitgestreute Auswahl zusammenzustellen. Die meisten Organisationen sind gerne bereit, über ihre Arbeit zu berichten. So traf ich im Laufe meines Israel-Aufenthaltes u. a. Noga Katman von der Menschenrechtsgruppe B'sealem, Gila Svirsky von Bat Shalom (dem jüdischen Teil der Jerusalem Link) und Fatima vom Jerusalem Center for Women (dem palästinensischen Teil der Jerusalem Link, Adam Keller von Gush Shalom, Mossy Raz von Peace Now, Dani Levy von der Economic Cooperation Foundation (ECF), Josef Walk von Oz ve Shalom und Michael Warschawski vom Alternative Information Center. (Aus Platzgründen können in diesem Bericht nicht sämtliche Interviews wiedergegeben werden). Außerdem habe ich die Gelegenheit genutzt, um die Projekte „Neve Shalom" und „Givat Haviva" zu besuchen.

Beeindruckt von den Menschenmassen, die sich in der Rabin-Gedenkwoche regelmäßig in der Innenstadt von Tel Aviv versammelt haben und den Einzelaktionen des Friedensbündnisses, kann ich an die skizzierte Lethargie der Friedensgruppen kaum glauben. Vielmehr habe ich den Eindruck, daß sie sich verstärkt in ihren Bereichen für einen Fortschritt

des Friedensprozesses einsetzen, auch wenn es manchmal so erscheint, als verpuffe ihre Aktivität ins Leere. Israelische Freunde schütteln z. T. nur den Kopf, als sie hören, womit ich mich in den sechs Wochen beschäftigen werde. Shoshana drückt aus, was viele andere Israelis denken: „Manche dieser Gruppen sind Träumer. Sie träumen von einer besseren Zukunft für Israel und die Palästinenser. Dabei verlieren sie die harten Realitäten z. T. aus den Augen. Manchmal sind sie wie Don Quichotte in seinem Kampf gegen die Windmühlen.“

„Der Frieden wird gewinnen . . . Gespräch mit Mossy Raz von Peace Now

Peace Now, hebräisch: Shalom Achshav, ist Israels größte und wohl einflußreichste Friedensorganisation. Reserveoffiziere und Soldaten hatten sich 1978 mit dem Ziel zusammengeschlossen, um durch außerparlamentarischen Druck die Bereitschaft der israelischen Regierung zu konstruktiven Friedensvorschlägen zu erhöhen und einen Friedensprozeß mit Ägypten in Gang zu bringen. „Frieden ist sinnvoller als ein Großisrael“, lautete damals das Motto. Die ersten Unterschriftensammlungen von Shalom Achshav richteten sich gegen den verzögerten militärischen Rückzug aus dem Sinai und gegen den Vorstoß israelischer Truppen im Südlibanon 1978. Peace Now verfügte von Anfang an über eine große gesellschaftspolitische Glaubwürdigkeit, die u. a. dadurch verstärkt wurde, daß die oben erwähnten Petitionen vor allem von Armeefunktionären und bekannten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben unterzeichnet waren. 1982 marschierte die israelische Armee im Libanon ein. Eine Aktion, die in der israelischen Bevölkerung auf Widerstand stieß, da zum ersten Mal nicht eine unmittelbare Kriegsgefahr bestanden hatte, die einen Präventivschlag erforderlich gemacht hätte. Hunderttausende forderten in großangelegten Demonstrationen den Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon. Peace Now wurde zum Zentrum der sich formierenden Friedensbewegung. So demonstrierten im September 1982 auf einer von Peace Now inszenierten Großveranstaltung rund 350 000 Menschen gegen die Massaker in den libanesischen Palästinenserlagern Sabra und Schatila. Einige Jahre später begann Peace Now sich intensiv mit dem Thema „Besetzte Gebiete“ zu beschäftigen und plädierte bereits 1988 intensiv für die Anerkennung der PLO durch Israel. Nach der Wahl von Yitzhak Rabin zum Ministerpräsidenten und dem Start des Oslo-Abkommens kehrte auch bei Peace Now eine ungewohnte Ruhe ein. Die Schwerpunkte verlagerten sich von den großen Massendemonstrationen auf dialogorientierte Projekte. Dann der doppelte Schock nach der Ermordung Rabins und der Regierungsübernahme durch die Netanyahu-Administration. Erst langsam kehrten die Lebensgeister wieder zurück und man begann, junge Menschen zu sammeln, Gruppen zum Thema „Siedlungen“ zusammenzustellen und die

Massen zu mobilisieren. Ein Vorteil für Peace Now: die klar und deutlich formulierte Botschaft: zwei unabhängige Staaten, einschließlich eines Palästinenserstaates mit territorialer Einheit; größere territoriale Konzessionen durch Israel; Rückzug jüdischer Siedlungen, die die geographische Einheit des Landes unterbrechen könnten; Kompromisse bezüglich Jerusalems und die Regelung, daß palästinensische Einwohner Jerusalems für die palästinensische Regierung stimmen können. Die palästinensische Hauptstadt soll in der Nähe von **Jerusalem** errichtet werden.

Nach einigen vergeblichen Anläufen ist es mir endlich gelungen, einen Termin mit einem Vertreter von Peace Now zu vereinbaren. „Am besten ist es, wenn Sie sich mit unserem Geschäftsführer Mossy Ratz verabreden“, erklärt mir die freundliche Stimme am Telefon. „Wenn die Großveranstaltung am Samstag gelaufen ist, hat er sicherlich Zeit für Sie.“ Das Hauptbüro der Organisation liegt in einer Seitenstraße von Tel Avivs „Allenby-Street“, versteckt zwischen Wohngebäuden. Auf einem kleinen Türschild: „Peace Now“. Ich finde die Büroräume im ersten Stockwerk des Hauses. Überall sind noch Anzeichen der Großdemonstration vom Samstag zu finden: Reihenweise Plakate, Transparente, Aufkleber, Papierabfall. Mossy Raz begrüßt mich. „Wir müssen uns hier erst einmal durch das Chaos wühlen und ausmisten. Am besten, wir gehen in das kleine Cafe gegenüber“, sagt er. Ich gratuliere ihm zum Erfolg der Massenkundgebung. Statt der erwarteten 100 000 Menschen wurden mehr als 200 000 Menschen gezählt. Ob er mit diesem Ergebnis zufrieden sei? Mossy Ratz lacht. Natürlich sei er damit höchst zufrieden. Für ihn sei es jedoch wichtig, daß die Menschen nun auch wieder verstärkt aktiv würden und die Hände nicht bis zum nächsten Jahr in den Schoß legen. „Wir müssen kontinuierlich arbeiten. Eine Veranstaltung wie die Demonstration am Samstag darf nicht nur zur Beruhigung des Gewissens dienen. Vielmehr muß ein Impuls von ihr ausgehen.“

Gespräch mit Mossy Raz, Geschäftsführer von Peace Now

Frage: „Wie würden Sie die Organisation Peace Now und ihre Ziele beschreiben?“

M. Raz: „Die Ziele sind klar. Kampf um Frieden für den mittleren Osten. Besonders: Kampf um Frieden mit den Palästinensern. Ein wichtiges Ziel ist außerdem, die Regierung davon zu überzeugen, sich um Frieden zu bemühen und einen Frieden herzustellen. Wir sind eine Organisation, die von einem Großteil der Bevölkerung unterstützt wird. Wir kämpfen seit 1978 für Frieden. Unser wichtigstes Markenzeichen sind die Demonstrationen. Große Demonstrationen, kleine Demonstrationen. Nicht jede Demo hat 200 000 Teilnehmer. Heute demonstrieren wir mit lediglich zehn Personen vor dem Haus des Premierministers. Wir demonstrieren überall dort, wo er sich aufhält. Es handelt sich um tägliche Demonstrationen, mal größer, mal kleiner. Ein weiterer Weg für Aktivitäten

ist die Arbeit mit Jugendlichen. Wir versuchen, sie für Demonstrationen zu aktivieren und zu mobilisieren. Außerdem engagieren wir uns im Bereich der Siedlungspolitik. Wir haben das „settlement watch team“ gegründet. Dort werden Informationen über Siedlungsvorhaben gesammelt und aktiv dagegen demonstriert. (. . .) Die Regierung versucht, den Friedensprozeß durch den Bau von Siedlungen in Ost-Jerusalem aufzuhalten und abzublocken.

Wichtig ist für uns auch die Arbeit mit palästinensischen und israelischen Jugendlichen. Wir bemühen uns, sie zusammenzubringen und auf diese Weise ein besseres Verständnis untereinander zu wecken. U. a. bringen wir Lehrer zusammen, Kinder, Jugendliche . . . Diese Projekte laufen nicht nur zwischen Israelis und Palästinensern sondern auch zwischen Israelis und Jordanern, Ägyptern, etc. Ein neues Projekt ist die Friedensarbeit mit den russischen Einwanderern. Viele von ihnen haben während der letzten Wahl rechts gewählt und B. Netanyahu durch ihre Stimmen unterstützt. Wir versuchen, Workshops und Tagungen mit ihnen aufzuziehen. Unsere Verständigungsprojekte laufen seit 1990."

Frage: „Was hat sich für Ihre Organisation nach den Vereinbarungen von Oslo verändert?“

M. Raz: „Es war eine große Veränderung. Ich habe mit meiner Arbeit bei Peace Now erst nach Oslo begonnen. Viele Menschen haben mich gefragt ‚Warum arbeitest Du für Peace Now? Es gibt keinen Bedarf mehr für Peace Now?‘ Wie man sieht, besteht unglücklicherweise immer noch ein Bedarf für Peace Now. Sogar die Arbeiterregierung war keine Peace Now-Regierung. Sie haben auch Fehler gemacht, die wir nicht gutheißen konnten. Wir haben während dieser Zeit kontinuierlich weitergearbeitet, da uns viele Dinge wichtig erscheinen. Immerhin bestand damals die Möglichkeit, daß Benjamin Netanyahu die Neuwahlen gewinnen könnte und alles verloren wäre. Natürlich hat sich Peace Now nach Oslo verändert. In der Zeit zwischen 1992 und 1996, zum ersten Mal seit der Gründung von Peace Now, war eine Labour-Regierung an der Macht, die Frieden schließen wollte. Für Peace Now eine neue Situation, denn die Zeit großer Protestdemonstrationen war damit erst einmal vorbei. Mit welchem Thema hätten wir die Massen mobilisieren können? Es gab keinen unmittelbaren Protestanlaß. In dieser Zeit rückten die Verständigungsprojekte stärker in den Vordergrund, z. B. die Installation der Jugendprojekte. ‚Settlement-Watch‘ war in dieser Zeit natürlich weniger effektiv, dennoch nicht überflüssig, denn sogar unter der Labour-Regierung gab es Siedlungsaktivitäten, die es zu registrieren galt. Wir mußten uns andere Wege suchen, den Frieden zu unterstützen."

Frage: „Der Friedensprozeß existierte auf dem Papier: Was haben Sie getan, um ihn in die Köpfe der Menschen zu bringen?“

M. Raz: „Die meisten Leute dachten, wir haben nun Frieden. Jetzt geht alles von allein seinen Gang. Wir haben versucht, verstärkt mit jungen Leuten zu arbeiten, den Frieden durch Dialogprojekte zu verfestigen. Ihnen zu erklären, was Frieden bedeutet."

Frage: „Ist es für Peace Now möglich, Einfluß auf Politiker zu nehmen?“

M. Raz: „Peace Now ist sehr bekannt, jeder weiß, worum es sich handelt. Es gibt gute Beziehungen zur Arbeiterpartei. Wir haben auch jetzt noch ganz gute Kontakte zur Knesset, aber z. Z. sind wir dort natürlich in der Minderheit. Wir müssen die Knesset-Abgeordneten, die auf unserer Seite stehen, nicht beeinflussen. Sie denken wie wir.“

Frage: „War die Demonstration anlässlich des zweiten Jahrestages der Rabin-Ermordung eine Demonstration gegen die Regierung oder eine Demonstration für den Frieden?“

M. Raz: „Eine problematische Frage. Ich denke, es war eine politische Friedensdemonstration. Das Motto lautete ‚We don't forget. We shout Peace‘. Fast 200 000 Menschen haben den anwesenden Politikern zugerufen, daß sie den Frieden mit ihrer Politik retten sollen. Wir wollten nicht unmittelbar gegen diese Regierung demonstrieren, um zu verhindern, daß die Versammlung als reine Veranstaltung der Opposition und des linken Lagers angesehen würde. Jemand hatte jedoch den Likud-Minister Natan Sharansky als Redner eingeladen, um die Regierung aus der Gedenkveranstaltung nicht völlig auszuschließen. Trotz der Bemühungen des Labour-Oppositionsführers Ehud Barak wurde Sharansky stellvertretend für den Rest seiner Regierung von der Menge heftig ausgepiffen.“

Frage: „Markiert diese Demonstration einen neuen Aufbruch für die Friedensbewegung?“

M. Raz: „Nein, denn bereits in den letzten zwei Monaten hat sich einiges bewegt. Wir von Peace Now als der führenden Friedensbewegung haben eine ganze Welle von Demonstrationen organisiert. Überall. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir auch in den nächsten Monaten das hätten, was sich in den letzten beiden Monaten entwickelt hat. Ich glaube aber nicht, daß wir direkt von einem neuen Schritt sprechen können. Es ist schwieriger geworden. Die Menschen, die am Samstag hier waren, denken, sie hätten demonstriert und damit ihre Unterstützung des Friedens zum Ausdruck gebracht. Daher wird es schwierig sein, sie in einiger Zeit wieder zu aktivieren. Wir können mit einigen hundert oder tausend Menschen rechnen, nicht aber mit diesen riesigen Menschenmassen.“

Frage: „Ist ein Großteil der israelischen Öffentlichkeit politisch aktiv?“

M. Raz: „Hier ist es so wie überall. Nur ein kleiner Teil der Öffentlichkeit ist politisch aktiv. Die vielen Menschen, die am letzten Samstag an der großen Demonstration teilgenommen haben, bilden jedoch keine kleine Gruppe. Diese Menschen haben über das Thema nachgedacht. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: 95 % der Bewohner des Landes haben nicht an der Demonstration teilgenommen. Wir bemühen uns, noch mehr gesellschaftliche Gruppen in diesem Land zu erreichen und sie für unsere Themen zu sensibilisieren.“

Frage: „Wie versuchen Sie, die Ideen des Friedensprozesses einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wenn es immer wieder zu Rückschlägen durch Terrorattacken und Attentate kommt?“

M. Raz: „Wir halten es für sinnvoll, nach den Terroranschlägen etwas zu warten und dann mit Menschen zu sprechen. Aber wir sagen den Menschen nicht: ‚Schaut her - wenn wir Frieden haben, wird es keine Attentate mehr geben‘. Wir versuchen, ihnen zu zeigen, daß wir weiter verhandeln müssen, da dies der einzige Weg ist, um die Zahl der Terroranschläge zu reduzieren und die Motivation der Attentäter zu verringern. Um die Öffentlichkeit zu erreichen, versuchen wir, Menschen auf der Straße anzusprechen, Diskussionen zu veranstalten und in den Medien mit unseren Ideen präsent zu sein.“

Frage: „Wie sieht die Zusammenarbeit mit anderen Friedensgruppen aus?“

M. Raz: „Nun ja, man kennt sich. Manchmal ist es aber besser, allein zu arbeiten. Auf der anderen Seite: große Veranstaltungen wie die Gegendemonstration am Samstag bedeuten viel Aufwand und Arbeit. Da ist es sinnvoll, mit den anderen Gruppen zusammenzuarbeiten. Wir haben uns außerdem gedacht, daß es wichtig ist, solch eine Veranstaltung gemeinsam zu organisieren, um der Veranstaltung mehr Gewicht zu verleihen.“

Frage: „Welche Ideen, Ziele, Visionen haben Sie bezüglich des Friedensprozesses?“

M. Raz: „Ich weiß nicht, ich bin nicht sehr optimistisch für die nächste Zeit. Netanyahu geht nicht den richtigen Weg. Ich weiß nicht, wohin dieser Weg führt, ob zu einem Krieg oder Desaster ... Vielleicht geht Netanyahu ja auch. Auf der anderen Seite glaube ich jedoch langfristig, daß der Frieden gewinnen wird. Ich fühle es.“

Frauen kämpfen für den Frieden - Besuch bei Bat Shalom

Die ersten Friedenskundgebungen von Frauen für Frauen fanden im Zusammenhang mit dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon statt. Das Engagement der Frauenfriedensbewegung war stets an die „Palästinenser-Frage“ gekoppelt und an Visionen von einer friedlichen Koexistenz. Da die allgemeine Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre vor allen Dingen von Männern dominiert wurde, beschlossen die Frauen bald, ihr bisheriges Engagement mit frauenpolitischen Fragen zu verbinden. Diese weibliche Form der Friedensbewegung entwickelte sich - wenn auch zeitversetzt - analog zu der Frauenbefreiungsbewegung in Westeuropa und den USA. Im Laufe der Zeit entstanden so u. a. die Gruppierungen „Women against occupation“ (Kampf gegen Haftbedingungen für palästinensische Frauen in israelischen Gefängnissen) und später, während der Zeit der Intifada, die berühmten „Women in Black“, die schweigend und völlig dunkel gekleidet ihre Mahnwachen in den Innenstädten hielten. Der israelischen Frauenfriedensbewegung gelang es, im Rahmen verschiedener, miteinander verbundener Organisationen ein überregionales Netz-

werk aufzubauen und die lokalen Aktionen zu koordinieren. Weite Teile der israelischen Bevölkerung wurden zu einzelnen Protestaktionen mobilisiert. Die Vorstellung einer grenzüberschreitenden Gesprächsfähigkeit von israelischen und palästinensischen Frauen war ein wesentlicher Impuls, der immer mehr Frauen zu Protestmaßnahmen gegen die israelische Militärpolitik in den besetzten Gebieten veranlaßte. Alle Frauenfriedensgruppen und Aktivitäten waren von dem Bestreben getragen, einen palästinensisch-israelischen Dialog aufzubauen und zu institutionalisieren. Zu diesem Zweck arrangierten vor allem die Frauenorganisationen in Israel (und weniger jene in den besetzten Gebieten) Zusammentreffen israelischer und palästinensischer Aktivistinnen, gemeinsame Konferenzen und Demonstrationen. Nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im September 1993 glaubten viele Organisationen, daß ihre Aktivitäten nun überflüssig seien und reduzierten sie oder zogen sich sogar völlig zurück. 1994 etablierte sich dann die „Jerusalem Link“: Zwei unabhängig von einander arbeitende Frauenzentren aus Ost-Jerusalem (Jerusalem Center for Women) und West-Jerusalem (Bat Shalom: „Tochter des Friedens“) schlossen sich zu einem Koordinationskomitee zusammen.

Ich verabrede mich mit Gila Svirsky von Bat Shalom und besuche sie in ihrem Büro in Jerusalem. Das Büro liegt in einem neuen Ärzte- und Bürohaus. Hinter dem Haus ein Freibad mit schöner Grünanlage. Idylle mitten in Jerusalem, abseits der hektischen Straßen. Die Themen, mit denen sich Bat Shalom befaßt, holen mich schnell wieder in die politische Realität Israels zurück. Bat Shalom arbeitet aktiv gegen den Ausbau der israelischen Siedlungen, bemüht sich, Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren und organisiert Diskussionsforen zu den Entwicklungen des Friedensprozesses. Gila Svirsky blickt mich freundlich durch die Gläser ihrer großen Brille an. Was ich denn eigentlich hier so mache in Israel? Ich erkläre ihr mein Anliegen. Sie nickt interessiert. Ja, die Ermordung Rabins sei ein Schock gewesen, von dem sich die Nation bis heute nicht erholt habe. Es sei bei den Menschen eine gewisse Mutlosigkeit zurückgeblieben, die z. T. zu Lethargie und der Einstellung „Jetzt ist sowieso alles verloren“ geführt habe. Der Friedensprozeß? Unter der jetzigen Regierung habe er es schwer. Verloren sei er zwar nicht, aber Anlaß zu Optimismus gebe es auch nicht.

Die Hauptaufgaben von Bat Shalom sieht sie darin, sich für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft in Israel einzusetzen, in der Frauen mehr Einfluß haben. Außerdem, so sagt sie lebhaft, müsse man gemeinsam eine Kultur aus Frieden und sozialer Gerechtigkeit im Land schaffen. 1994 habe Bat Shalom in Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen den Jerusalem Center for Women aufgebaut und sich zur Jerusalem Link zusammengeschlossen. Zu den Forderungen von Jerusalem Link gehören u. a. die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung für beide Völker in diesem Land und die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite von Israel. In der Jerusalemfrage gilt die Forderung: zwei Hauptstädte für zwei Staaten. Außerdem wird ein Stopp des Siedlungsausbaus gefordert.

Wie sehen einzelne Aktionsfelder aus? Nun, Bat Shalom habe sich auf die Fahnen geschrieben, Verletzungen von Menschen- und Frauenrechten in Israel und den besetzten Gebieten zu beobachten und öffentlich zu machen, führt Gila Svirsky aus. Außerdem würden Workshops für weibliche Führungspersönlichkeiten angeboten. Bat Shalom bemühe sich darum, das Bewußtsein der Öffentlichkeit und Politiker auf die Ziele feministischer Friedensaktivitäten zu lenken.

Weitere wichtige Themen der Arbeit von Bat Shalom seien der Einsatz von Entwicklungsprogrammen für Frauen aus Gegenden mit niedrigem Einkommen, die Arbeit mit Immigrantinnen aus Äthiopien und die Schaffung von Dialogmöglichkeiten zwischen jüdisch-israelischen und palästinensisch-israelischen Frauen, erklärt Gila Svirsky.

Checkpoint - Palästinensischer Alltag

Nachdem ich Gelegenheit hatte, mit Gila Svirsky von Bat Shalom, der jüdischen Hälfte von Jerusalem Link zu sprechen, möchte ich nun auch noch die palästinensische Hälfte, den Jerusalem Center for Women, kennenlernen. Nach einigen vergeblichen Telefonaten erreiche ich endlich eine Ansprechpartnerin im Jerusalem. „Können Sie noch heute zu uns kommen?“, werde ich gefragt. „Sie finden uns direkt auf dem Checkpoint, an der Ausfahrtstraße nach Ramallah“, informiert mich die Frauenstimme. „Fragen Sie nach Fatima.“ Schnell notiere ich diese Informationen. Fünf Minuten später bin ich bereits unterwegs, um von Tel Aviv aus den Bus nach Jerusalem zu erreichen. Während der rund einstündigen Busfahrt nutze ich die Zeit, um auf dem Stadtplan von Jerusalem die verabredete Adresse zu finden und mich zu orientieren. Die genannte Straße liegt unmittelbar hinter der gestrichelten roten Linie, die die Stadtgrenze von Jerusalem markiert. Nur noch wenige Straßennamen sind dort eingezeichnet. Am Jerusalemer Busbahnhof erkundige ich mich nach einer geeigneten Busverbindung. Die junge Frau überlegt: „Der Bus macht eine große Schleife. Kurz vor der Endstation müssen Sie aussteigen und von dort mit einem arabischen Taxi weiterfahren.“ Da die Zeit drängt und ich nicht weiß, wo ich so schnell ein arabisches Taxi finden soll - das Jaffa-Tor mit seinen arabischen Taxiständen ist zu weit entfernt - versuche ich es mit dem Bus. Ich bitte den Busfahrer mir einen Hinweis zu geben, wann ich aussteigen soll. Er verspricht es. Nach kurzer Zeit biegt der Bus von der Hauptstraße ab und durchquert das Viertel Mea She'arim. Es erinnert mich immer wieder an die osteuropäischen Städte, die unwiederbringlich durch den Völkermord der Nationalsozialisten untergegangen sind. Männer in langen schwarzen Mänteln, mit struppigen Bärten und Schläfenlocken eilen durch die engen Straßen und Gassen. Einige von ihnen mit Striemel und knielangen Hosen, die in die langen Strümpfe geschoben sind. Überall Horden von Kindern: kleine Mädchen mit langen Röcken und weißen Blusen, Jungen in schwarzen Anzügen. Die Frauen haben fast alle

Perücken auf und ihre Köpfe mit den typischen kleinen Hütchen, die es hier überall in Jerusalem zu kaufen gibt, bedeckt. Vom Bus aus kann ich in staubige Buchläden und altertümliche Frisierstuben blicken. Welch ein Kontrast zu Tel Aviv mit seinen ausgeflippten und mondänen europäischen Shops und Boutiquen. Bald hat der Bus Mea She'arim durchquert und gelangt auf die Ausfallstraße nach Ramallah. Allmählich verändert sich auch hier das Straßenbild. Die Gegend wird ärmlicher, immer häufiger sind arabische Werbeplakate und Bekanntmachungen zu sehen. Wir werden von arabischen Schulbussen und Sammeltaxen mit Arbeitern überholt. Vereinzelt sehe ich jedoch auch Busse mit Ultra-orthodoxen Schulkindern, die auf dem Weg zu den Siedlungen im West-Jordanland sind. Jetzt kann es nicht mehr so weit sein. Der Busfahrer nickt mir zu und gibt zu verstehen, daß ich gleich umsteigen müsse. Im nächsten Augenblick schiebt er sein Fenster herunter und brüllt etwas auf Hebräisch in das Sammeltaxi neben dem Bus. Dann öffnet er mitten auf der Straße die Türen und ruft mir zu, daß ich in dieses Taxi einsteigen solle. Schnell schieben mich hilfreiche Hände aus dem überfüllten Bus. Das Taxi wartet auf mich. Arabische Musik dudelt aus der offenen Schiebetür. Hilfsbereit nimmt jemand meinen schweren Rucksack in Empfang. Ich lasse mich auf die Sitzbank fallen. Inzwischen bin ich schon eine Viertelstunde verspätet. Dann schaue ich mich um. Sieben neugierige Männer starren mich an, sagen irgend etwas auf Arabisch und lachen. Wie soll ich mich hier jetzt bloß verständigen und den richtigen Weg erfragen. Außerdem: Wohin fährt dieses Taxi überhaupt? Ich krame in meinen Taschen. Zufällig habe ich die Zieladresse auf einem kleinen Zettel notiert, den ich nun meinem Nachbarn reiche. Er schüttelt den Kopf, gibt ihn weiter. Eine heftige Diskussion beginnt. Ich verstehe zwar kein Wort, kann mir aber denken, daß sie darüber diskutieren, wo die Straße denn nun zu finden sei. Verschiedene Richtungen werden mit den Armen gewiesen. Meine Karte erweist sich als unbrauchbar, da auf der Karte zwar Namen eingezeichnet, an den Straßen jedoch keine Schilder zu finden sind. Der Taxifahrer fährt unbeirrt weiter. Hoffentlich lande ich nicht irgendwo in Ramallah. Ich werfe den Begriff „Checkpoint“ in ihre Diskussion ein. Hatte die Frau am Telefon nicht etwas davon erwähnt, daß die Organisation in der Nähe des Checkpoints zu finden sei? Der Checkpoint liegt in Sichtweite. Inzwischen haben sich die Männer für eine bestimmte Richtung entschieden. Das Taxi biegt von der Straße ab und donnert eine buckelige Straße hinauf. Vor einem offiziell aussehenden Gebäude halten sie und lassen mich aussteigen. Hier sei es, wiederholen sie. Ich bedanke mich für ihre Hilfsbereitschaft. Dann schaue ich mir das Gebäude genauer an: es ist mit der Flagge der palästinensischen Autonomiebehörde geschmückt und auf einem Türschild lese ich „Palestinian Authority“. Das ist wohl die falsche Adresse. Später erfahre ich, daß dieser Teil schon zur sogenannten Zone B gehört, einem Gebiet mit Teilautonomie. Ich spreche eine Frau an. Sie nickt, als ich ihr die Adresse zeige und ruft einen kleinen Jungen an, der mich mit dem Fahrrad begleitet und zu der gesuchten Institution bringen soll. Als er mit mir am vermeintlichen

Ziel anlangt, stelle ich fest, daß ich vor einer Niederlassung der internationalen Industrie- und Handelskammer der BRD stehe. Es ist zwar nicht die richtige Adresse, aber zumindest spricht man hier Deutsch. Ich danke dem Jungen mit einigen **Schekeln** und suche in dem Gebäude einen Ansprechpartner. Es ist wie ausgestorben, aber ich habe dennoch Glück. Ein junger Mann in dem Büro der **IHK** versteht mein Problem. Wir rufen beim dem Jerusalem Center for **Women** an und bitten um eine genaue Wegbeschreibung. Das Haus liegt wirklich mitten auf dem Checkpoint, wir können es sogar vom Fenster aus sehen. Ich bedanke mich und laufe zur Grenze zurück. Dort werden gerade arabische Autos vom israelischen Militär gründlich gefilzt. Ein großes Schild warnt Einzeltouristen davor, diesen Checkpoint zu überschreiten. Ich krame meinen Paß heraus und halte ihn einem der Soldaten unter die Nase. „Ah, aus Deutschland. Auf **Wiidersehen**.“ Der junge Soldat sitzt lässig auf seinem Stuhl und schaut zu, wie sein Kollege die Innenverkleidung aus der Autotür entfernt. Jetzt kann ich die Palästinenser gut verstehen: dies ist eine wirkliche Grenze. Zu allem Überfluß ist überall dicker Stacheldraht ausgerollt. Ich kann nicht zu dem Haus gelangen, obwohl ich nun unmittelbar davorstehe und auch die Inschrift der Organisation bereits entdeckt habe. Da ich nicht sicher bin, ob ich ohne weiteres über den Stacheldraht klettern kann, laufe ich zu den wachhabenden Soldaten zurück, um mir ein O. K. zu holen.

Fatima, eine junge Palästinenserin (22) und Mitarbeiterin des Jerusalem Center for Women, erwartet mich schon. Ich schildere ihr meine Erlebnisse, die mit der Anreise hierhin verbunden waren. Zum ersten Mal begreife ich, was es für die Palästinenser bedeuten muß, durch solche Grenzen in ihrer Mobilität beschränkt zu sein, kann in dem Moment die Wut nachvollziehen. „Für mich ist es einfacher, in die USA zu reisen, als zum Einkauf nach Jerusalem oder Tel Aviv zu fahren“, erzählt Fatima zornig. Sie berichtet, daß es für Palästinenser kaum möglich sei, eine Aufenthaltsgenehmigung für Jerusalem zu bekommen. Rund 90 Prozent der Anträge würden abgelehnt und ohne einen entsprechenden Paß bedeuten die Checkpoints an der Grenze zwischen israelischem und palästinensisch selbstverwaltetem Gebiet das Ende der Reise für die Bewohner des Westjordanlandes. „Die palästinensische Bevölkerung ist von dem Friedensprozeß mehr als enttäuscht“, erklärt sie. „Für uns hat sich die Situation eher noch verschlechtert. Unsere Geduld ist bald am Ende. Wenn das so weiter geht, wird es bald eine neue Intifada geben. Wir hängen doch von der Willkür des Militärs ab. Sie haben ja gesehen, wie es dort auf dem Checkpoint zugeht.“ Fatima hat in den USA studiert. Seit Jahresanfang ist sie wieder in Israel und arbeitet seitdem im Jerusalem Center for Women (JCW). „Es war eine Umstellung für mich, hier plötzlich überall an Grenzen zu stoßen und in meiner Mobilität so sehr eingeschränkt zu sein, insbesondere dann, wenn man über Jahre die Freiheit in Amerika erlebt hat“, sagt sie. Der JCW ist eine sogenannte „**Nicht-Regierungs-Organisation**“, die sich u. a. damit beschäftigt, die Rechte und Bedürfnisse palästinensischer Frauen voranzubringen und zu aktivieren. Ein Ziel der Organisation ist es, ein Frauennetzwerk örtlicher, regionaler und

internationaler Organisationen aufzubauen. Dies alles auf der Basis von Freiheit und Menschenrechten. „Wir wollen durch unsere Arbeit den Frieden voranbringen. Aber so wie es zur Zeit aussieht . . .“, sagt Fatima skeptisch. Der JCW fördert den Dialog zwischen israelischen und palästinensischen Frauen. Gemeinsam mit der israelischen Organisation Bat Shalom bildet der Jerusalem Center for Women die Jerusalem Link. Gegründet hatte sich der JCW als positive Folge eines produktiven und andauernden Dialoges zwischen prominenten palästinensischen und israelischen Frauen, Politikerinnen und Aktivistinnen, die sich 1989 und 1991 in Brüssel trafen. Aus diesen Treffen entwickelte sich eine breite Unterstützung für die Ansprüche der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Souveränität an der Seite Israels, sowie das Recht für alle Menschen der Region auf Sicherheit und Würde. Ebenso die Ansprüche auf Freiheit, Teilhabe und Koexistenz. Man verständigte sich darauf, daß die Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes dauerhaft in einer Zwei-Staaten-Lösung liege, mit Jerusalem als getrennter Hauptstadt für zwei Staaten. „Heute gehören zu unseren Aufgaben die Unterstützung der palästinensischen Frauen, die Verbesserung ihrer Situation und Stärkung ihrer Kompetenzen. Wir wollen, daß die Frauen auch zentrale Rollen auf allen Ebenen der politischen, sozialen und kulturellen Arbeit übernehmen können. Außerdem sind in der palästinensischen Gesellschaft vor allen Dingen die Frauen für die Erziehung verantwortlich. Sie legen den Grundstein für ein friedliches Miteinander“, erläutert Fatima. „Wir führen Seminare und Workshops für Meinungsführerinnen durch. Ebenso richten wir uns an junge Frauen und Mädchen.“ In Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Organisationen beschäftigt sich der Jerusalem Center for Women auch mit dem Thema „Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen“. Welche Perspektiven hat der JWC für den Friedensprozeß? „Es steht nicht besonders gut mit dem Friedensprozeß. Wir Palästinenser wollen den Frieden, die Israelis nicht. Sie sperren uns durch ihre Abriegelungspolitik ein, verletzen unseren Stolz und unsere Würde“, gibt Fatima hitzig zu bedenken. Und wie steht sie persönlich zu den Terroranschlägen? Kann darin auch ein Teil des israelischen Mißtrauens begründet liegen? Die meisten Palästinenser würden den Terror entschieden ablehnen, antwortet sie. Im nächsten Atemzug erklärt sie dann aber, daß die Israelis den Terror natürlich bis zu einem gewissen Grad auch selbst verschulden würden, da den Palästinensern ja oftmals keine andere Möglichkeit bliebe, sie quasi in die Enge getrieben würden. Verständnis für Mörder? Nein, so wolle sie es nicht verstanden wissen, aber bis zu einem gewissen Grad seien die Handlungsweisen der Terroristen schon nachvollziehbar, als eine Art „Notwehr“ gegen die Besatzungsmacht.

Begegnung mit Israel

Jetzt kann ich den Publizisten und Schriftsteller Ralph Giordano verstehen, der sich mit dem Aufseufzer „Israel um Himmels willen Israel“ Luft

machte. Ich habe verstanden, warum er in seinem gleichnamigen Buch stellenweise so hart mit dem jüdischen Staat ins Gericht geht, seinen Finger punktgenau auf schmerzende Stellen legen kann und zielgerichtet Kritik anbringt. Es ist nichts anderes als die Sorge und große Zuneigung zu diesem Land. Für mich ist Israel in den sechs Wochen von einem interessanten politischen „Forschungsobjekt“ zu einem lebendigen Gebilde geworden. Nun habe ich Gesichter vor Augen, wenn in den Nachrichten über das Land berichtet wird und hoffe ständig, daß den Menschen, die ich dort als Freunde gewinnen konnte und die mir etwas bedeuten, nichts passiert.

Der Frieden in Israel ist trügerisch und brüchig. Man weiß nie ganz genau, was der nächste Tag an Risiken und Bedrohungen bringen wird. Z. B. Busfahren: In den ersten Tagen meines Aufenthaltes war ich zugegebenermaßen sehr nervös, wenn ich in den Bus einstieg. War das Risiko nicht zu groß? Ich war in Deutschland gewarnt worden und hatte Empfehlungen bekommen, auf Taxen und Sammeltaxen auszuweichen. Setzte ich mich nicht bewußt einer Gefahr aus? Schon bald nach meiner Ankunft hatte ich mich dazu durchgerungen, allen Vorsätzen zum Trotz, das sehr gut ausgebaute Bussystem zu nutzen. Während meiner ersten Fahrt quer durch Tel Aviv gingen mir sämtliche Schreckensbilder über ausgebombte Busse, verstümmelte Opfer und Helfer mit Säcken auf der Suche nach zerrissenen Körperteilen durch den Kopf. Dann legte sich die Angst und ich wurde im Laufe der Wochen zur regelrechten Nahverkehrsexpertin. Kein Weg war zu weit, keine Busverbindung zu kompliziert. Im Nachhinein stelle ich fest, daß ich sehr schnell ein wichtiges israelisches Lebensprinzip gelernt und verinnerlicht hatte: das Verdrängen. Ohne einen gesunden Verdrängungsmechanismus ist die Wirklichkeit in Israel nicht immer zu ertragen.

Im November 1997 spitzte sich wieder einmal die Situation im Irak zu. Die US-Army zeigte drohende Präsenz im Golf und in Deutschland verbreiteten die Medien erste Beiträge über die Verteilung von Gasmasken. Währenddessen schrieben die israelischen Medien weiter in aller Ruhe über innenpolitische Themen und Probleme ihrer Regierung. Über die Irakkrise wurde zwar berichtet, aber allbestimmend war sie nicht. Ich hatte das Gefühl, als ignorierten die Menschen die sich zuspitzende Situation. Meine Freunde beruhigten mich: Es sei nicht ernst. Ich bewundere die Gelassenheit der Menschen, die dort leben.

Die erste Begegnung mit Israel war für mich ein wenig enttäuschend, hatte ich mir doch alles ganz anders vorgestellt. Statt dessen Tel Aviv, die Großstadt, eine Stadt wie andere europäische Großstädte. Produkte, Mode, Cafes, alles irgendwo vertraut. Wo war das Israel, das ich suchte? Ich sollte es bald entdecken. Hinter der Fassade der Normalität steckt eine andere Realität. Die Realität der latenten Gefahr und Bedrohung. Während einer Entdeckungstour entdeckte ich hinter dem riesigen Dizingoff-Einkaufszentrum eine kleine Gedenktafel, davor eine riesige Laterne mit Kerzen. Dieses Mahnmal sollte an die Bombenopfer erinnern, die 1996 bei einem Selbstmordattentat vor dem Einkaufszentrum ums Leben gekommen waren. Auch mußte ich bereits am ersten Abend in meinem Appartement in

Tel Aviv feststellen, daß der Schlafrum gleichzeitig ein gas- und granatensicherer Schutzraum war, mit einer schweren Eisenplatte vor dem Fenster und mehrfach gesicherten Schutztüren. Ich habe mich in den sechs Wochen daran gewöhnt, überall meine Tasche vorzeigen zu müssen.

Begegnung mit Israel bedeutet für mich auch das Erleben überaus großer Gastfreundschaft. Ich bin überall, wo ich hinkam, mit offenen Armen empfangen worden. Zu meiner Verblüffung gab es keine Probleme damit, daß ich aus Deutschland kam. „Sie können nichts dazu. Sie gehören zu einer anderen Generation“, sagte mir eine ältere Dame, mit der ich ins Gespräch kam. „Ich freue mich, wenn junge Menschen sich für unser Land interessieren.“ Mosche, Shulamit Rotbart, Joseph Walk . . . diese alten Menschen haben mich beeindruckt und zugleich beschämt. Anstatt mit Haß und Vorwürfen zu reagieren, empfingen sie mich freundschaftlich und offen. Begegnung mit Israel hieß für mich auch zu erkennen, daß dieses Land nicht nur durch den Friedensprozeß als Bürde und Herausforderung auf den Schultern lasten hat. Ebenso schwierig, wenn nicht sogar in Zukunft noch gefährlicher, ist der innenpolitische Konflikt, das immer stärkere Auseinanderdriften der Gesellschaft in ein säkulares und ein religiöses Lager mit all seinen Konsequenzen. Hier lauert eine Zeitbombe und wartet auf ihre Explosion. Die große Aufgabe der Zukunft wird es sein, diese Bombe zu entschärfen. Erst dann ist ein echter, lebendiger Frieden in und von diesem Land ausgehend möglich.